

Lebener Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Leber

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: W. H. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer'sche Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Leber: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.

Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Retammeteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Leber — Bankverein Arttern.

Nr 121

Sonnabend, den 13. Oktober 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Wäre ein moderner Autor ein Sentations- und Sinterreißdrama mit politischen Motiven schreiben wollen, es wäre ihm sicherlich schwer gefallen, einen an Verwicklungen und Intrigen reicheren Stoff zu finden, als ihn die Geschichte des englisch-französischen Seepatts tatsächlich darbietet. Erst die geheimnisvollen Gerüchte über eine implizite neue Allianz, ein Wiederauflieben der „entente cordiale“, dann die mit dem nötigen Bausteinen ausgerüstete Veröffentlichung eines geheimen Runderlasses des Quai d'Orsay an die Vertreter Frankreichs im Ausland in der Seepress, kurz danach die gefällige Antwort Amerikas an London und Paris, der Kampf zwischen der französischen und der englischen Regierung um die Verwirklichung des Geheimdokuments, noch während dieser Kampf tobt, die Enthüllung des Paktkontaktes durch einen oft genug offiziellen französischen Journalisten, die Ausweisung des Seepresskorrespondenten Moran aus Paris, Intervention des Staatsdepartements und endlich Befehl der englischen Regierung, alle auf den Pakt bezüglichen Schriftstücke in einem Weisbuch zu veröffentlichen.

Sagen wir es kurz und offen: Die Geschichte des Seepatts ist für die Geheimdiplomatie eine Blamage mit Pauken- und Trompetenschall, die sich früheren Fehlschlägen dieses verhängnisvollen Systems der politischen Kabinetspolitik würdig an die Seite stellt. Dem Ganzen die Krone aufsetzt hat das Vorgehen der französischen Regierung gegen den Pariser Vertreter der Seepress, Moran, der schließlich doch nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, wenn er ein Dokument von solcher Wichtigkeit, wie das Rundschreiben des Quai d'Orsay, nachdem es einmal zu seiner Kenntnis gekommen war, ohne Rücksicht auf seine Herkunft zur Information an seine Auftraggeber weiterleitete. Doch man gerade ihn deswegen in die Waagschale, kann lediglich als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß die französischen Behörden, trotz aller Anspielungen der „Action française“ auf einen hohen Beamten der französischen politischen Polizei, den wahren Schuldigen nicht entdecken können oder wollen. Daß sich dabei gegen das Recht der freien Berichterstattung ausländischer Pressevertreter verzeihen, magst das Ganze nur noch schlimmer und blamabler.

Es klingt wie eine Ironie des Schicksals, daß fast zu gleicher Zeit Mussolini vor italienischen Pressevertretern in einer großen Rede ausgesprochen die schließliche Presse Italiens als die „freie Presse“ der Welt gepriesen und die Werbung getrieben hat, daß die Presse als „Weltbürgerin“ betrachtet werden sollte. Wenn das am grünen Holz geschieht...

Am übrigen hat gerade Italien sich in der Politik der letzten Tage mehrfach stark bemerkbar gemacht. Nicht nur, daß es in der Seepattfrage unverhohlen auf die Seite der Gegner des Abkommens getreten ist, keine Intente gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

Nicht der letzte Anlaß hierzu war die im Anschluß an den grauenhaften Tod des französischen Handelsministers Bolanos erfolgte Schaffung eines mit sehr unangenehmen Vorzeichen versehenen „Fünftennensystems“ in Form eines Abkommens zwischen dem französischen Laurent-Camie und bisher auf verächtliche Ministerien verteilten anderthalb Milliarden für die Auffahrt bezweckten Budgetmittel in einer Hand zusammenzufassen und nach den Neuperungen des neuen Ministers, insbesondere auch die Mittelmeerlinie ausbauen und aktivieren will. Gerade hierin und in dem von Laurent-Camie ebenfalls propagierten intensiveren Verkehr zwischen den französischen Kolonien und dem Mutterland liegen angeht der kolonialen, Weltmarkts- und Mittelmeerambitionen Italiens scharfe Reizepunkte für die römische Regierung, auf die sie durch eine entsprechende Belohnung ihrer eigenen Tätigkeit antworten zu müssen glaubt.

Kein Wunder, daß man unter diesen Umständen in Paris die in der letzten, das unglückliche Ende der deutschen Zufahrt mit besonderem Interesse und teilweise auch mit den ungläublichsten und widerwilligsten Anwürfen verfolgt hat. Insbesondere die gelungenen Probefahrten und der Amerikaflug des „Gripen Speppin“ haben Blättern vom Schlage des „Echo de Paris“ Anlaß gegeben, die ältesten Vordenker über angeblich geheime deutsche Abkommen, wieder aus dem Licht zu bringen. Angeht die starken antideutschen Teilnahme des Auslandes, zumal der Vereinigten Staaten und der Länder panischer Zunge, an den Arbeiten der Seepress, wodurch man in weiten Kreisen des Auslandes über den durchaus friedlichen Charakter der deutschen Zufahrt völlig informiert ist, können solche kühnen Verdächtigungen nur Frankreich selbst in den Augen der Mitwelt lächerlich. Sie wollen nicht hören! So muß man ihnen mit Möllere zurufen: „Tu las voulu, Georges Dandin!“

Preußen und das Konfordat.

Kabinettsrat.

Berlin, 12. Oktober.

Das preussische Kabinettsrat hat gestern nachmittag zu einer Sitzung zusammen, in der u. a. auch die Frage eines Konfordsats mit dem Heiligen Stuhl beraten

wurde. Wie verlautet, wird man sich vorläufig noch nicht an zukünftige Schritte über den Inhalt der Konfordsatsverhandlungen äußern.

Wie eine Berliner Zeitung berichtet, wünscht die Kurie die Errichtung von drei neuen Bistümern, u. a. in Berlin und in Essen. Ferner sollen die Bistümer in Breslau und Baderborn zu Erzbistümern erhoben werden. Die Wahl der Bischöfe soll künftig nicht mehr durch das Domkapitel, sondern durch das Papst unter vorheriger Anhörung der Staatsregierung erfolgen. In der Sitzung soll eine Formel derart vereinbart werden, daß die Kurie von dem Artikel 146, Absatz 2, der Reichsverfassung Kenntnis nimmt und die Staatsregierung sich demüht, nach Möglichkeit für die Errichtung einer genügenden Anzahl katholischer Bekenntnisschulen Sorge zu tragen.

Au diesen Nachrichten wird von zukünftige Stelle erklärt, daß sie teils auf Gerüchten, teils aber auf Falschem beruhen. Generarsofizier aber zurück gestellt werden.

Preußens Koalitionsfrage ungeklärt.

In dieser Woche keine Verhandlungen mehr. — Die Verteilung der Parteistimmen.

In der Frage der Erweiterung der Regierung in Preußen durch Zutritt der Deutschen Volkspartei zu den gegenwärtigen Regierungsparteien waren für Mitte dieser Woche neue Besprechungen in Aussicht genommen worden. Es werden jedoch, wie verlautet, solche Besprechungen in dieser Woche nicht mehr stattfinden. Ob in der kommenden Woche Verhandlungen stattfinden, kann auch noch nicht gesagt werden.

Die Regierungsparteien halten nach wie vor an ihrer grundsätzlichen Haltung fest, wonach die Erweiterung der Regierungsgrundlage durch die Deutsche Volkspartei gelehrt erscheint. Die schwierige Frage ist und bleibt die Verteilung und Verteilung der einzelnen Reichsteile. Das Zentrum hält an der Aufstellung fest, daß ihm als zweitgrößter Fraktion drei Sitze gebühren. Wenn die Sozialdemokraten als stärkste Fraktion neben der Belegung des Ministerpräsidentenpostens mit zwei Ministerien einverstanden sind, so würde demnach, wenn die Demokraten ein Ministerium behalten, nur ein Rest für eine Neubestellung zur Verfügung stehen. Vermutlich beantragt jedoch die Deutsche Volkspartei zwei Sitze.

Ein Ausweg liegt darin gesehen zu werden, daß der Volkspartei an Stelle eines zweiten Ministerfaches der Posten eines Staatssekretärs angeboten wird. Vielleicht könnte auch die Schaffung eines Ministerpostens ohne Portefeuille in Frage kommen. Die einseitige Vertagung der Verhandlungen geht offenbar aus dem Bedürfnis zurück, in der schließlichen Restfrage eine weitere Klärung herbeizuführen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Der Berliner polnische Gesandte in Warschau.

Warschau, 12. Oktober.

Der polnische Gesandte in Berlin, Knoll, ist gestern in Warschau eingetroffen, wo er eine Reihe wichtiger Angelegenheiten zu erledigen hat. Auf seiner Fahrt von Berlin nach Polen hat Knoll einige polnische Konjunkturalisten in Deutschland befragt.

Die Reise des polnischen Gesandten nach Warschau dürfte im ursächlichen Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen stehen. Die bekanntlich in ein schwieriges Stadium gelangt sind. Die Berliner Beratungen über die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen konnten vom Reichskabinet in der letzten Sitzung noch nicht abgeschlossen werden, weshalb über diese Angelegenheit neue Kabinettsbesprechungen vorgezogen sind.

Die Reparationen verhindern die Gesundung.

Wittich über die Finanzlage in Deutschland.

London, 11. Oktober.

Der Präsident der National City-Bank von New York, Wittich, sprach sich nach seiner Rückkehr von einer längeren Geschäftsreise durch Deutschland, Frankreich, Italien und England gegenüber Pressevertretern eingehend über die Lage in Deutschland aus. Die Verschärfung in Deutschland helften sich gegenwärtig dem Belaher günstig dar als irgendeiner Zeit nach Beendigung des Krieges. Die Reparationslast verhindere aber, daß Deutschland wieder Boden unter den Füßen gewinne.

Vor der Veröffentlichung des Seepatts.

Angewiesen soll das gesamte Material bekannt gegeben werden.

London, 12. Oktober.

Nach einem Beschluß des englischen Kabinetts soll das englisch-französische Seepatt am kommenden Samstag dem darauf bezüglichen Notenwechsel und einer Begründung der verpöblichten Veröffentlichung nunmehr in Form eines Weisbuchs bekannt gegeben werden. Will der Vorgesandte dieses Weisbuchs wird in den nächsten Tagen erteilt.

Bezeichnend ist, daß der „Daily Telegraph“ in einem längeren Artikel Zweifel über die Richtigkeit der künftigen das gesamte Material veröffentlicht wurde. Das Blatt glaubt zu der Bestätigung Anlaß zu haben, daß die Auszüge wichtige Punkte der Abmachungen nicht enthalten würden.

Der Heeritzkorrespondent Moran verschwunden.

Die Ausweisung des amerikanischen Heeritzkorrespondenten Moran ist nach einer Meldung aus Paris vorläufig nicht abzuheben worden, weil sich die französischen Behörden immer noch bemühen, den Dokumenten diebstahl zu ermitteln. Die neue Sensation in dieser Affäre ist nun die Tatsache, daß Moran seit Mittwochabend spurlos verschwunden ist und niemand etwas über seinen Aufenthalt weiß.

Aus dem In- und Auslande.

Der Ehrenheim wird nach Berlin.

Berlin, 12. Oktober. Die viel umstrittene Frage eines Reichsheim für die deutschen Soldaten, die im Weltkrieg gefallen sind, ist nach langem Schwanken im Reichsministerium des Innern nunmehr entschieden worden. Im Einvernehmen mit der Wehrzahl aller Frontkämpferverbände hat sich das Reichsinnenministerium für die Errichtung des Ehrenheims in Berlin entschlossen. Eine entsprechende Vorlage wird in absehbarer Zeit das Reichsministerium beschäftigen.

General-Aussperrung in der Textil-Industrie?

Als Folge des Streiks im N.-Gladbach-Bezirk.

Essen, 11. Oktober.

In Düsseldorf haben Verhandlungen der Textilarbeitgeberverbände unter Vorhinein von Vertretern des Arbeitgeberverbandes für die Textilindustrie Deutschlands stattgefunden. Mit Rücksicht auf die sich verschärfende Lage im N.-Gladbach-Bezirk ist die Frage einer Generalausperrung für das gesamte rheinisch-westfälische Gebiet zur Erörterung gestellt worden.

Von einer Generalausperrung für ganz Rheinland und Westfalen werden etwa 190 000 Arbeiter betroffen werden. Die Möglichkeit ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es darüber hinaus zu einer Generalausperrung in der gesamten deutschen Textilindustrie kommen kann.

Kommt es zum Generalstreik in Polen?

Warschau, 12. Oktober. Nach der Veröffentlichung des Generalstreiks in Lodz sind auch die Arbeiter in einigen anderen Fabriken in Gostynow und Warschau in den Aufstand getreten. Die Ausrufung des Bergarbeiterstreiks im Dombrowa-Bezirk wurde auf den 18. Oktober verschoben, da die Industriellen versprochen haben, bis zu diesem Zeitpunkt eine Antwort auf die Forderungen der Arbeiter zu geben.

Hochverrat und Landesverrat.

Heftige Debatte im Strafrechtsausschuß. — Kinder und Jugendliche vor dem Strafgesetzbuch.

Berlin, 12. Oktober.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages legte am Donnerstag die Einzelberatung des Strafrechtsentwurfs vor und erledigte zunächst die §§ 1-4 der Vorlage.

Beim § 3 wurde nur der erste Satz des Entwurfs angenommen, der lautet: „Nebert sich das Gesetz, das zur Zeit der Tat gilt, vor der Aburteilung, so ist das für den Täter günstige Gesetz anzuwenden.“

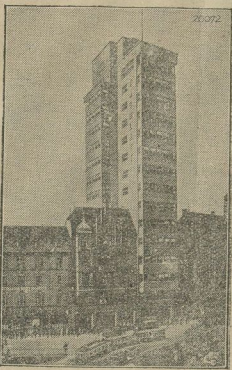
Bei der weiteren Erörterung spielte besonders der § 6 eine Rolle. In diesem Paragraphen wird bestimmt, daß auch Hochverrat und Landesverrat gegen das Reich oder eines der Länder sowie Vergehen gegen die Wehrmacht oder die Volkstraft als Verbrechen gelten. Gegen diesen Paragraphen wurde besonders von Kommunisten und Sozialdemokraten angefaßt. Schließlich wurde nach längerer Aussprache ein Antrag des Abgeordneten Dr. Bell (Str.) angenommen, wonach die Worte „gegen das Reich oder eines der Länder“ hinter dem Wort „Landesverrat“ aus dem Paragraphen gestrichen werden. Mit dieser Änderung fand § 6 Annahme. Der Auspruch ging dann zur Beratung des Abg. Straßburg über. Die Sozialdemokraten brachten hierzu erneut Anträge ein, wonach als Kind im Sinne des Gesetzes anzusehen ist, wer noch nicht 16 Jahre alt ist, und als Jugendliche, wer 16, aber noch nicht 20 Jahre alt ist. Zu den Angehörigen sollen nicht nur Geschwister, Ehegatten und Verlobte gerechnet werden, sondern auch Personen, die in ehelicher Gemeinschaft miteinander leben. Die Beratungen schließen heute fortgesetzt.

„Ich als Staatsanwalt kann alles!“

Frau Bergmann belästigt Staatsanwaltskassator Jacoby.

In der Donnerstagsberatung des Lombard-Strasprozesesses wurde u. a. auch die Frau des Hauptangeklagten Bergmann verurteilt. Die Frau belästigte den Staatsanwaltskassator Jacoby sehr schwer. Sie behauptete, bereits 1924 sei sie mit Jacoby im Ehestand in Berlin zusammen gewesen. Dabei hätte ihr Mann geliebt, er wolle Jacoby in einem neutralen Briefumschlag 300 Mark überreichen, was er auch getan hätte. Die Frau betont, sie habe die Zusammenkünfte ihres Mannes mit Jacoby nie gern gesehen, da ihr Jacoby sehr

Die Presse baut Hochhäuser.



Das oben stehende Turmbau des Stuttgarter Neuen Tagblattes...

Dank im Warenhaus.

Bei der Firma Hermann Tsch, im Warenhaus in der Leipziger Straße, in Berlin...

Zum Straßenzug gegen Dr. Steiger.

In der Angelegenheit des Straßenverkehrs gegen Dr. Steiger...

Abrecht von Thier's

100. Todesstag wird am 26. Oktober überall feierlich begangen...



tätig und ging dann zur Landwirtschaft über. Seiner intensiven Tätigkeit gelang es, die damaligen Normen der Landwirtschaft...

Die staatsrechtlichen Auseinandersetzungen, die an der Berliner Börse im August dieses Jahres im mittleren Morgenblatt für Terminpapiere...

Witz zum Witz

Die deutsche Grundsätzlichkeit. - Charlestone-Kalorien. - Jeder sein eigenes Müßiggängerlein. - Die taktvolle Reichsbahn. - Herr Löwenthein aus Wien. - Verline Mundstunt-Sensation.

schwarzbärende Radionisten erwünscht, wie viel Wasser geschoben, wie viel Schweiß ausgetrieben werden.

Tenzen. . . hm, weil wir gerade vom Tanzen reden: Wissen Sie schon, daß uns der Rundfunk, die Grammophonplatte, die Jazzorgel...

Beispiel die Deutsche Reichsbahn. Also alles, was recht ist: die Reichsbahn ist das taktvollste Verkehrsunternehmen unter der Fahrgastspitze.

Sa, aber es gibt noch mehr solcher Cöpenickiden zu berichten, Cöpenickiden, die also bisher dazugehört in den Schatten stellen. Da wäre zuerst der Fall Böwenstein zu berichten.

Waldbrandstifter erbeuteten in der Kantentalle der M.G.G. in der Oberstraße 1500 Mark Versicherungsgelder.

Aus dem vierten Stockwerk füllte in der Diederhofener Straße die 63jährige Frau Auguste T. auf das Pfloster hin ab und erlitt tödliche Verletzungen.

Wegen einer Maß der Eisenformierung fuhr mit seinem Kratzwagen der Kaufmann Döbber aus Berlin-Wilmersdorf.

Wegen schwerer Schwundelien mußte die Berliner Kriminalpolizei einen jungen Mann, der unter dem Namen „Graf Werner von Stradum“ sich die Bolschewiken verschriebenen Sünden beschäftigte.

Großhändler ist ein Gewinner, der sich den wohnen den 30 an in „Johanneshof“ Dorf auflegte und 1902 in England geboren wurde.

ist ihr Armenrecht bewilligt worden. Der Erfinder des Bleifahrers ist der verlorene Chemiker Dampf, der keine Entscheidung als ein langes Vermächtnis seiner Frau hinterließ.

Die Bedeutung der Knappschaffmaschinen 1928 für die Angestellten.

Die Stellen in der Knappschaff haben zwei verschiedene Aufgaben zu erfüllen: Sie haben die knappschafflichen Anlagengüter...

Bei den Knappschaffmaschinen führen nur wirtschaftliche Vereinigungen Kandidaten für die Wahl der Angestelltenämter auf.

Die Verträgehöhe in der Angestelltenpensionskasse beträgt durchschnittlich 12,6%, der Endsumme der jeweiligen Gehaltsklasse.

Die veranwortlichen Organe der Reichsknappschaff, in diesem Falle der Angestelltenabteilungsvorstand und die Hauptvereinskommission...

Wegen einer Maß der Eisenformierung fuhr mit seinem Kratzwagen der Kaufmann Döbber aus Berlin-Wilmersdorf.

Borausichtiges Wetter

Am 14. Oktober: Wolken, Sonnenblitz, angenehm. Am 15. Wolken, teils Sonne, gelinde, nachts kalt, frühmorgens Regen.

Kirchliche Nachrichten

19. Sonntag nach Trinitatis, den 14. Oktober 1928. 10 Uhr vormittag: Hauptgottesdienst im Gemeindehaus.

Nebror Anzeiger

Wöchentliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postämtern 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wihl. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauer's Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 21. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Donnerstagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtpostkasse Nebra — Bankverein Aetern.

Nr 121

Sonnabend, den 13. Oktober 1928

41. Jahrgang

Rückblick.

Wäre ein moderner Autor ein Constatations- und Sinterreppendrama mit politischen Motiven schreiben wollen, es wäre ihm sicherlich schwer gefallen, einen an Verdichtungen und Intrigen reicheren Stoff zu finden, als ihn die Geschichte des englisch-französischen Seepatts tatsächlich darbietet. Erst die geheimnisvollen Gerüchte über eine mysteriöse neue Allianz, ein Wiedererschließen der „entente cordiale“, dann die mit dem nötigen Kaufmannsgeschick aufgebaute Verhüllung eines geheimen Rundsprechens des Quai d'Orsay an der Vertreter Frankreichs im Ausland in der Heerpresse, kurz danach die geheimnisvolle Antwort Amerikas an London und Paris, der Kampf zwischen der französischen und der englischen Regierung um die Vermeidung des Scheiterns, noch während dieser Kampf tobt, die Enthüllung des Paktinhalts durch einen oft genug offiziellen französischen Journalisten, die Ausweisung des Heerpressekorrespondenten Moran aus Paris, Intervention des Staatsdepartements und endlich Befehl der englischen Regierung, alle auf den Pakt bezüglichen Schriftstücke in einem Weisbuch zu vernichten.

So geht es mit es kurz und offen: Die Geschichte des Seepatts ist für die Geheimdiplomatie eine Blamage mit Pauken- und Trompetenschall, die sich früheren Fehlschlägen dieses verhängnisvollen Systems der politischen Kavalieren würdig an die Seite stellt. Dem Ganzen die Krone aufgesetzt hat das Vorgehen der französischen Regierung gegen den Pariser Vertreter der Heerpresse, Moran, der schließlich doch nur seine Pflicht und Schuldigkeit getan hat, wenn er ein Dokument von solcher Wichtigkeit, wie das Rundschreiben des Quai d'Orsay, nachdem es einmal zu seiner Kenntnis gekommen war, ohne Rücksicht auf seine Herkunft zur Information an seine Auftraggeber weiterleitete. Doch wenn gerade ihn deswegen in die Wüste schickte, kann lediglich als ein Anzeichen dafür gewertet werden, daß die französischen Behörden, trotz aller Anspielungen der „Action française“ auf einen hohen Beamten der französischen politischen Polizei, den wahren Schuldigen nicht entdecken können oder wollen. Daß sie sich dabei gegen das Recht der freien Berichterstattung ausländischer Pressevertreter vergraben, macht das Ganze nur noch schlimmer und blamabler.

Es klingt wie eine Frotte des Schicksals, daß fast zu gleicher Zeit Mussolini vor italienischen Pressevertretern in einer großen Rede ausgerufen die vollständige Pressefreiheit als die „freie Presse“ der Welt gepriesen und die Abnung des Wahnsinnigen getreten ist, seine Intention verneint gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

Nicht der letzte Anlaß hierzu war die im Anschluß an den grauenvollen Tod des französischen Handelsministers Sofronoffi erfolgte Schaffung eines mit sehr unzufriedenen Vollmachten versehenen Ausschusses in Paris, der gegen das Wohlwollen getreten ist, seine Intention verneint gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

Nicht der letzte Anlaß hierzu war die im Anschluß an den grauenvollen Tod des französischen Handelsministers Sofronoffi erfolgte Schaffung eines mit sehr unzufriedenen Vollmachten versehenen Ausschusses in Paris, der gegen das Wohlwollen getreten ist, seine Intention verneint gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

Nicht der letzte Anlaß hierzu war die im Anschluß an den grauenvollen Tod des französischen Handelsministers Sofronoffi erfolgte Schaffung eines mit sehr unzufriedenen Vollmachten versehenen Ausschusses in Paris, der gegen das Wohlwollen getreten ist, seine Intention verneint gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

Nicht der letzte Anlaß hierzu war die im Anschluß an den grauenvollen Tod des französischen Handelsministers Sofronoffi erfolgte Schaffung eines mit sehr unzufriedenen Vollmachten versehenen Ausschusses in Paris, der gegen das Wohlwollen getreten ist, seine Intention verneint gegen Frankreich im Mittelmeer wird immer gespannter und tritt immer offener zu Tage.

wurde. Wie verlanet, wird man sich vorläufig noch nicht an zukünftiger Stelle über den Inhalt der Konfessionsverhandlungen äußern.

Wie eine Berliner Zeitung berichtet, wünscht die Kurie die Errichtung von drei neuen Bistümern, u. a. in Berlin und in Essen. Ferner sollen die Bistümer in Breslau und Baderborn zu Erzdiözesen erhoben werden. Die Wahl der Bischöfe soll künftig nicht mehr durch das Domkapitel, sondern durch das Papst unter vorheriger Anhörung der Staatsregierung erfolgen. In der Schlußfrage soll eine Formel derart vereinbart werden, daß die Kurie von dem Artikel 146, Absatz 2, der Reichsverfassung Kenntnis nimmt und die Staatsregierung sich bemüht, nach Möglichkeit für die Errichtung einer genügenden Anzahl katholischer Volkshochschulen Sorge zu tragen.

Zu diesen Nachrichten wird von zukünftiger Stelle erklärt, daß sie teils auf Gerüchten, teils aber auf Falschmeldungen beruhen. Genaueres könne aber zurzeit nicht mitgeteilt werden.

Preussens Koalitionsfrage ungeklärt.

In dieser Woche keine Verhandlungen mehr. — Die Beratung der Koalitionsfrage.

In der Frage der Erweiterung der Regierung in Preußen durch Hinzutritt der Deutschen Volkspartei zu den gegenwärtigen Regierungsparteien waren für Mitte dieser Woche neue Besprechungen in Aussicht genommen worden. Es werden jedoch, wie verlautet, solche Besprechungen in dieser Woche nicht mehr stattfinden. Ob in der kommenden Woche Verhandlungen stattfinden, kann auch noch nicht gesagt werden.

Die Regierungsparteien halten nach wie vor an ihrer grundsätzlichen Haltung fest, wonach die Erweiterung der Regierungsgremie durch die Deutsche Volkspartei gelehrt erscheint. Die schwierigere Frage ist und bleibt die Verteilung und Bestimmung der einzelnen Ressorts. Das Zentrum hält an der Auffassung fest, daß ihm als zweitgrößter Fraktion drei Sitze gebühren. Wenn die Sozialdemokraten als fünfte Fraktion neben der Bestimmung des Ministerpräsidentenpostens mit zwei Ministertoren einverstanden sind, so würde demnach, wenn die Demokraten ein Ministerium behalten, nur ein Ressort für eine Neubestimmung zur Verfügung stehen. Bekanntlich beantragt jedoch die Deutsche Volkspartei zwei Sitze.

Ein Ausweg liegt darin gesehen zu werden, daß der Volkspartei an Stelle eines zweiten Ministerfaches der Posten eines Staatssekretärs angeboten wird. Vielleicht könnte auch die Schaffung eines Ministerpostens ohne Ressort in Frage kommen. Die einwöchige Vertagung der Verhandlungen geht offenbar auf das Bedürfnis zurück, in der schiedlichen Ressortfrage eine weitere Klärung herbeizuführen.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.

Der Berliner polnische Botschafter in Warschau, 12. Oktober.

Der polnische Botschafter in Berlin, Knoll, ist gestern in Warschau eingetroffen, wo er eine Reihe wichtiger Angelegenheiten zu erledigen hat. Auf seiner Fahrt von Berlin nach Polen hat Knoll einige polnische Konjunkturfragen in Deutschland besprochen.

Die Reise des polnischen Botschafters nach Warschau dürfte im ursächlichen Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen stehen, die bekanntlich in ein schwieriges Stadium gelangt sind. Die Berliner Beratungen über die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen konnten vom Reichskabinett in der letzten Sitzung noch nicht abgeschlossen werden, weshalb über diese Angelegenheit neue Kabinettsbesprechungen vorgezogen sind.

Die Reparationen verhindern die Gesundung.

Wittich über die Finanzlage in Deutschland. London, 11. Oktober.

Der Präsident der National City-Bank von New York, Mitchell, sprach sich nach seiner Rückkehr von einer längeren Exkursion durch Deutschland, Frankreich, Italien und England gegenüber Pressevertretern eingehend über die Lage in Deutschland aus. Die Reichsregierung in Deutschland stellt sich gegenüber dem Schuldner günstig dar als zu irgendeiner Zeit nach Beendigung des Krieges. Die Reparationslast verhindern aber, daß Deutschland wieder Boden unter den Füßen gewinne.

Vor der Veröffentlichung des Seepatts.

Angenehm soll das gesamte Material bekannt gegeben werden. London, 12. Oktober.

Nach einem Beschluß des englischen Kabinetts soll das englisch-französische Seepatt am kommenden Samstag demnächst veröffentlicht werden. Die Veröffentlichung der veräppelten Veröffentlichung nunmehr in Form eines Briefwechsels bekannt gegeben werden. Mit der Bekanntgabe dieses Beschlusses wird in den nächsten Tagen berichtet.

Bezeichnend ist, daß der „Daily Telegraph“ in einem längeren Artikel zu demselben äußert, daß tatsächlich das gesamte Material veröffentlicht wurde. Das Blatt glaubt zu der Befriedigung Anlaß zu haben, daß die Auszüge wichtige Punkte der Abmachungen nicht enthalten würden.

Der Heerpressekorrespondent Moran verschwunden. Die Ausweisung des amerikanischen Heerpressekorrespondenten Moran ist nach einer Meldung aus Paris vorläufig beschlossen worden, weil sich die französischen Behörden immer noch bemühen, den Dokumenteninhalt zu ermitteln. Die neue Konstitution in dieser Affäre ist nun die Tatsache, daß Moran seit Mittwochabend jenseits des Atlantik nicht mehr ist und niemand etwas über seinen Aufenthaltsort weiß.

Aus dem In- und Ausland.

Der Ehrenheim kommt nach Berlin. Berlin, 12. Oktober. Die viel umstrittene Frage eines Reichsheimats für die deutschen Soldaten, die im Weltkrieg gefallen sind, ist nach langem Schwanken im Reichsministerium des Innern nunmehr entschieden worden. Im Einvernehmen mit der Wehrmacht sind Frontkämpferverbände hat sich das Reichsinnenministerium für die Errichtung des Ehrenheims in Berlin entschieden. Eine entsprechende Vorlage wird in absehbarer Zeit das Reichskabinett beschäftigen.

General-Aussperrung in der Textilindustrie?

Als Folge des Streiks im M.Gladbach-Bezirk. Essen, 11. Oktober.

In Düsseldorf haben Verhandlungen der Textil- und Arbeitgeberverbände unter Vorbehalt von Vertretern des Arbeitgeberverbandes für die Textilindustrie Deutschlands stattgefunden. Mit Rücksicht auf die sich verschärfende Lage im M.Gladbach-Bezirk ist die Frage einer Generalausperrung für das gesamte rheinisch-westfälische Gebiet zur Erörterung gestellt worden.

Von einer Generalausperrung für ganz Rheinland und Westfalen würden etwa 190 000 Arbeiter betroffen werden. Die Möglichkeit ist nicht ganz von der Hand zu weisen, daß es darüber hinaus zu einer Generalausperrung in der gesamten deutschen Textilindustrie kommen kann.

Kommt es zum Generalfreist in Polen?

Warschau, 12. Oktober. Nach der Veröffentlichung des Generalfreist in Lodz sind auch die Arbeiter in einigen anderen Fabriken in Gostochau und Warschau in den Ausstand getreten. Die Ausrüstung des Bergarbeiterfreist im Dombrowa Revier wurde am den 13. Oktober abgeschlossen, da die Industriellen versprochen haben, bis zu diesem Zeitpunkt eine Antwort auf die Forderungen der Arbeiter zu geben.

Hochverrat und Landesverrat.

Stetsige Debatte im Reichstagsausschuß. — Kinder und Jugendliche vor dem Strafgesetzbuch. Berlin, 12. Oktober.

Der Strafrechtsausschuß des Reichstages legte am Donnerstag die Einzelberatung des Strafrechtsentwurfs fort und erledigte zunächst die §§ 1-4 der Vorlage. Beim § 3 wurde nur der erste Satz des Entwurfs angenommen, der lautet: „Mord ist das Verbrechen, das zur Zeit der Tat gilt, vor der Aburteilung, so ist das für den Täter günstige Gesetz anzuwenden.“ Bei der weiteren Erörterung spielte besonders der § 6 eine Rolle. In diesem Paragraphen wird bestimmt, daß auch Hochverrat und Landesverrat gegen das Reich oder eines der Länder sowie Vergehen gegen die Wehrmacht oder die Volkstraft als Verbrechen gelten. Gegen diesen Paragraphen wurde besonders von Kommunisten und Sozialdemokraten angefaßt. Schließlich wurde nach längerer Aussprache ein Antrag des Abgeordneten Dr. Bell (Str.) angenommen, wonach die Worte „gegen das Reich oder eines der Länder“ hinter dem Wort „Landesverrat“ aus dem Paragraphen gestrichen werden. Mit dieser Änderung fand § 6 Annahme. Der Ausschuß ging dann zur Beratung des Abschnitts Straftatbestände über. Die Sozialdemokraten brachten hierzu einen Antrag ein, wonach als Kind im Sinne des Gesetzes anzusehen ist, wer noch nicht 16 Jahre alt ist, und als Jugendliche, wer 16, aber noch nicht 20 Jahre alt ist. Zu den Angehörigen sollen nicht nur Geschwister, Ehegatten und Verlobte gerechnet werden, sondern auch Personen, die in ehelicher Gemeinschaft miteinander leben. Die Beratungen hierüber werden heute fortgesetzt.

„Ich als Staatsanwalt kann alles!“

Frau Bergmann belästigt Staatsanwaltschaftler Jacoby. In der Donnersstagsberatung des Reichstages wurde u. a. auch die Frau des Hauptanwälters Bergmann vernommen. Die Frau belästigt den Staatsanwaltschaftler Jacoby sehr schwer. Sie behauptete, bereits 1924 ließe sie mit Jacoby im Ehenheim in Berlin zusammen wohnen. Dabei hätte ihr Mann geliebt, er wolle Jacoby in einem neutralen Briefumschlag 800 Mark überreichen, was er auch getan hätte. Die Frau betont, sie habe die Zusammenkünfte ihres Mannes mit Jacoby nie gern gesehen, da ihr Jacoby sehr

